

BastA!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNGEN

Geisterstunde



Der neue Geist des Kapitalismus

Ein Geist geht um, nicht nur in Europa: Der Geist des Kapitalismus. Wie alle Geister ist er schwer fassbar. Er spukt in unseren Köpfen, verwirrt unsere Gefühle, beeinflusst unser Verhalten. Und eh wir es uns versehen, verlieren wir die Orientierung und stehen vor einem Dilemma. Sollen wir nun die Umwandlung der öffentlichen Spitäler beider Basel in eine Aktiengesellschaft gutheissen, nur weil der Geist uns einhaucht, Privatisierung und mehr Markt bedeute bessere Gesundheitsversorgung und sinkende Krankenkassenprämien? Sollen wir einer massiven Senkung der Unternehmensgewinnsteuer zustimmen, nur weil der Geist uns suggeriert, wenn die Reichen noch reicher werden, gehe es uns allen besser?

Am 10. Februar stimmen wir über zwei Vorlagen ab, die Einiges gemeinsam haben: die Fusion der öffentlichen Spitäler Basel-Stadt und Basel-Land zum Universitätsspital Nordwest AG und die Steuerreform 17, die eine massive Senkung der Unternehmensgewinnsteuer vorsieht. Bei beiden Vorlagen

geht es um wichtige politische Weichenstellungen, und beide spalten die Linke. Letzteres verblüfft, handelt es sich doch um Kernanliegen linker Politik. Oder habe ich etwa eine Entwicklung verschlafen? Setzt sich die Linke neuerdings für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ein? Befürwortet sie eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben?

Eigentlich ist linke Politik ja simpel. Sie orientiert sich am Grundsatz, dass kein Mensch das Recht hat, einen andern Menschen auszubeuten. Punkt! Doch genau das tun wir, wenn wir der Steuerreform 17 zustimmen. Wir heizen den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb an, entziehen den Ländern des globalen Südens Millionenbeträge, die vor Ort dringend benötigt würden. Und in der Schweiz tragen wir dazu bei, dass immer mehr Kantone meinen, im Steuerdumping mitziehen zu müssen, in der Folge in Finanznot geraten und drastische Sparpakete auf Kosten breiter Teile der Bevölkerung schnüren, während sich die Superreichen ins Fäustchen lachen.

Mitteilungen an:
Postfach 225
4005 Basel

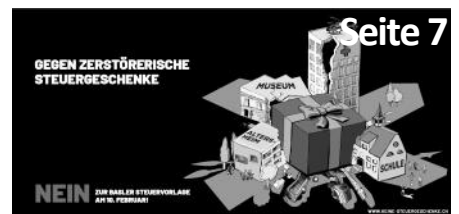
AZB
4005 Basel



Seite 7 **BastA!**
Basels starke Alternative
Wohnschutz für alle statt für wenige



Seite 3
Nazis: Blockieren oder ignorieren?



Seite 7
Abstimmungsparolen

TERMINE

Montag, 21. Januar

Koordination

Freitag, 25. Januar 18:00 Uhr

**Veranstaltung: "Omas gegen Rechts",
BastA!-Sekretariat, Rebgrasse 1, Basel**

Montag, 04. Februar

Koordination

Sonntag, 10. Februar

Abstimmungssonntag (Parolenfassung S. 7)

Sonntag, 10. Februar

**Retraite Frauen*streik ab 10:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Basel**

Montag, 18. Februar

Koordination

Montag, 4. März

Koordination

Montag, 25. März (provisorisch)

Mitgliederversammlung,

Gewerkschaftshaus

Dienstag, 9. April

Koordination

Montag, 29. April (provisorisch)

Jahresversammlung, Gewerkschaftshaus

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 01/2019

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Franziska Stier

Auflage: 1200

Herausgeber: Förderverein BastA!,
Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

ABSTIMMUNGEN

Auch in unserem Kanton werden künftig mindestens 150 Millionen Franken jährlich in der Staatskasse fehlen. Wer dafür gerade stehen muss, ist ja klar. Sicher nicht die Familien La Roche, Sarasin, Oeri und wie sie alle heissen – die werden dank der Steuerreform nur noch reicher. Wie viele Bücklinge vor den Multis will die Regierung in Basel eigentlich noch machen? Ist das moderne rot-grüne Politik?

Bei der Spitalfusion zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn die SP Basel-Stadt mehrheitlich die Nein-Kampagne unterstützt. Doch im Baselbiet sieht das anders aus, und auch in der Stadt machen sich einzelne Exponent*innen der Sozialdemokratie und der Grünen für eine Fusion der Spitäler und deren Überführung in eine Aktiengesellschaft stark. Ist ja klar: Unsere Gesundheit

ist eine Ware wie jede andere, die vermarktet und an den Börsen gehandelt werden kann, oder etwa nicht? Wenn Sie jetzt zweifeln, haben Sie den Geist des Kapitalismus noch nicht verinnerlicht. Da hilft nur Eines: Meditieren Sie täglich vor dem Roche-Turm und pilgern Sie anschliessend barfuss zum Novartis Campus, die letzten 50 Meter bitte auf den Knien!



Martin Flückiger

ANTIFASCHISMUS

Omas gegen Rechts

"Omas gegen Rechts" ist eine zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative, die am 16. November 2017 in Wien von der pensionierten Journalistin Monika Salzer gegründet wurde. Der Initiative haben sich in Österreich schnell fast 2000 Frauen aus allen Landesteilen angeschlossen, und in Deutschland haben sich seither viele ähnliche Gruppen gegründet, die regelmäßig demonstrieren – nicht nur in den Großstädten, auch in kleineren Orten und, wie das Internet zeigt, mit einem breiten Spektrum an Themen.

Auch in Basel könnte sich eine solche Gruppe gründen.

Zu einer ersten Orientierung hier der Grundsatztext der Wiener Gruppe:

OMAS GEGEN RECHTS ist eine zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative, die sich - am 16. November auf Facebook gegründet - in den politischen Diskurs einmischen will. Mit augenfälliger Symbolik erheben ältere Frauen, sogenannte Omas, ihre Stimme zu den gefährlichen Problemen und Fragestellungen der heutigen Zeit.

Es geht um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie (...), um den Einsatz für die gleichen Rechte aller (...) hier lebende Frauen, Männer und Kinder, um die sozialen Standards, die von Eltern und Großeltern zum Teil bitter erkämpft wurden, um den Respekt und die Achtung gegenüber anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unabhängig von ihrer Religion und ethnischen Zugehörigkeit u.v.m.

Dabei müssen die bedrohlichen Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus,

Frauenfeindlichkeit und Faschismus erkannt, benannt und im Konkreten auch der politische Widerstand und die Bewusstseinsbildung organisiert werden.

Die ältere Frau als öffentliche politische Kraft ist nicht in unserem kollektiven Bewusstsein gespeichert. Deshalb müssen Frauen öffentlich auftreten, nicht als Einzelperson und Ausnahme, nicht als Star, sondern als Gruppe, die auffällt. Heraus-treten aus der eigenen "small world" und eine gemeinsame starke Stimme für die Zukunft aller Kinder und Enkelkinder bilden ist die Herausforderung der Stunde. Denn vielleicht werden sie uns eines Tages fragen: Was habt Ihr getan?

Wir tragen Verantwortung für die Jugend und das ist uns mehr bewusst als anderen. Dem drohenden Sozialabbau, der "Aus-hungerung" vieler älterer Frauen, der falschen Bildungspolitik, die große Gruppen der Jugend ausgrenzt, und vielem anderen soll widerstanden werden.

Wir haben keine kleinen Kinder (mehr), wir müssen nicht mehr hart in Jobs arbeiten, wir haben mehr Zeit, uns politisch zu engagieren, und gerade jetzt scheint es notwendig zu sein, einen Beitrag zu leisten. Es geht hier auch um Ermutigung, Vernetzung und sichtbar machen:

Alt sein, heisst nicht stumm sein!

Barbara Heber

Gründungs-/Diskussionstreffen am:

**Freitag, 25.01. 18:00 Uhr im BastA!-
Sekretariat
Rebgrasse 1, 4058 Basel**

Nazis: Blockieren oder ignorieren?

Am 24. November protestierten einige rechtsradikale Splittergruppen in Basel. Darunter die PNOS (Partei national orientierter Schweizer), die VA (Volksaktion), die Résistance Helvétique und als selbsternannter Demoschutz einige Personen aus der „Kameradschaft Heimattreu“. Ihr Vorwand: Der UNO Migrationspakt.

Obwohl die Bewilligungspraxis für Demonstrationen im Kanton Basel-Stadt zunehmend restriktiver wird, wurde den Faschisten für ihre Kundgebung auf dem Messeplatz eine Bewilligung erteilt. Es sollte ein grosser Aufmarsch werden. 500 Leute wurden erwartet. Schlussendlich kamen etwa 70 Personen. Der unbewilligten Gegendemo am Messeplatz schlossen sich hingegen 1500 Menschen an. BastA! rief als einzige parlamentarisch vertretene Partei zu dieser Demonstration auf. Wenige Kilometer entfernt, auf der Dreirosenmatte versammelte sich ein breites Parteienbündnis mit ebenfalls rund 1000 Teilnehmenden.

70 Faschisten haben also gut 2000 Menschen auf die Strasse gezogen und für Medienwirbel sowie einen kostenintensiven Polizeieinsatz gesorgt. Hier stellt sich die berechtigte Frage, wieso man sie nicht einfach ignoriert und ob man diese faschistische «Minderheit» nicht besser totschweigt.

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich etwas genauer mit der politischen Strategie der neuen Rechten beschäftigen und sich fragen, unter welchen Umständen ein paar Faschisten zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden.

1. Faschisten werden gefährlich, wenn sie sich bewaffnen.
2. Faschisten werden gefährlich, wenn ihre Ideen anschlussfähig für politische Mehr-



PNOS-Demo am 24.11.2018 Quelle: beobachternews.de

heiten, also hegemoniefähig, werden.

Spätestens mit der Offenlegung des Netzwerks «Hannibal» ist Punkt 1 erfüllt. In Deutschland und der Schweiz gibt es rechtsterroristische Netzwerke in Polizei, Militär und Nachrichtendiensten, die sich auf einen gewaltvollen Umsturz vorbereiten. Wenigstens für Deutschland ist bekannt, dass Todeslisten erstellt wurden. Die Aufarbeitung des NSU-Prozesses mit verschwundenen Akten und anderen Eigenheiten, aber auch die jüngsten Recherchen zu einer rechtsradikalen Polizeigruppe in Frankfurt, die Morddrohungen an die Anwältin eines NSU-Opfers verschickte, lassen berechtigte Zweifel an der Schaffung von Sicherheit durch diese Sicherheitsinstanzen aufkommen.

Anschlussfähigkeit und Radikalisierung

Bomberjacke und Hitlergruss sind eigentlich von gestern. Das heisst nicht, dass es das in rechtsradikalen Kreisen nicht mehr gäbe.

Doch zumindest die intellektuelle Rechte wie die identitäre Bewegung sucht nach kultureller Hegemonie und damit nach Anschlussfähigkeit an die «gesellschaftliche Mitte». Die SVP ist hier ein dienlicher Brückenbauer. Es geht darum, politische und gesellschaftliche Diskurse nach rechts zu verschieben, Migration zur Gefahr für Leib und Leben (von Frauen) zu erklären oder gemeinhin an Vorstellungen von der angeblichen Verschlechterung der Chancen weisser Männer anzudocken. Besonders der Feminismus gerät ins Visier der neuen Rechten. So beteiligte sich die PNOS am «Marsch für's Läbe» und kämpft radikal für ein Verbot von Schwangerschaftsunterbrüchen, die sie mitunter als Völkermord bezeichnet. Gleichzeitig fordern rechtsradikale Influencer politisches Stimmrecht an die Familie als Institution zu koppeln statt an Staatsbürger*innen. Das kommt der Aberkennung des Frauenstimmrechts gleich.

Es gibt keinen harmlosen Rassismus, denn die Strategie der neuen Rechten fruchtet. Einige werden sich vielleicht an die unglückliche Solidaritätsdemo mit der Gugge «Negro Rhygass» erinnern. Die mediale Solidarität mit dem Anliegen einiger Fasnächtler*innen, rassistische Embleme als Kulturgut zu erhalten, war gross, bis schliesslich sichtbar wurde, dass auch Rechtsradikale wie Tobias Steiger dieses Anliegen teilen. Und obwohl von den AnmelderInnen der Demo zunächst unbeholfene Distanzierungen von den mitmarschierenden Faschisten folgten, nahmen beide an der PNOS-Demo am 24. November teil. Offen bleibt die Frage, ob die «Fasnachtsolidaritätsdemo» selbst ein Projekt der radikalen Rechten war.

Die Auseinandersetzung um die Basler Fasnacht erscheint der PNOS als ideales Thema zur Selbstdarstellung. «Heimatliebe ist kein Verbrechen», heisst es



Gegendemo am 24.11.2018 Quelle: beobachternews.de

beispielsweise in Selbstdarstellungsvideos der Identitären Bewegung. Sie steht für «ethnopluralistische Vielfalt» ein, was nichts anderes heisst, als dass Ethnien unter sich bleiben sollen und keine «Vermischung» stattfinden dürfe. Sie scheut sich nicht davor, auch in den Wortschatz der politischen Linken zu greifen. Die PNOS arbeitet dagegen stärker mit völkischer Inszenierung, präsentiert sich aber ebenfalls als Alternative zum «Mainstream». In ihrer Selbstdarstellung postuliert sie beispielsweise, «der Kapitaldiktatur ein Ende zu bereiten», sich «für die wahren Interessen vom Volk einzusetzen» und für «ein gesundes Schweizervolk mit Schweizer Familien» zu kämpfen. Nur steht hinter ihrer antikapitalistischen Rhetorik in der Regel keine substantielle Systemkritik, sondern bloss eine verkürzte Kapitalismuskritik. Es geht um Volk und Elite. In ihrer Vorstellung wird das Volk von der Elite kontrolliert. In der Regel bedient sie dabei antisemitische Verschwörungstheorien, wie Hans Stutz in seinem Beitrag zur PNOS-Demo in Basel herausarbeitete. Der PNOSler Tobias Steiger behauptete in seiner Rede, der UNO-Migrationspakt diene der so genannten «Umvolkung» und sei ein Masterplan zur «Rassenvermischung» und Verdummung, welche von einer (vorwiegend jüdischen) Finanzelite gesteuert werde. Die Zahl derer, die solchen antisemitischen Verschwörungstheorien Glauben schenken, ist nicht so klein, wie man hoffen möchte. Ein Teil davon ist bereits bewaffnet. Dass in der Schweiz Militärdienstleistende ihre Waffe nach Hause mitnehmen, ist in diesem Zusammenhang besonders bedenklich.

Am 29. Dezember veröffentlichte der Sonntagsblick eine Recherche über ein Mitglied der Kameradschaft Heimattreu, André S., der offen mit Blood&Honour Emblemen posiert, hat als Unteroffizier eine Kaderfunktion in der Schweizer Armee inne.

Es gibt also verschiedene Entwicklungen, die darauf hindeuten, dass sich eine rechtsterroristische Szene formiert. Die



Gegendemo am 24.11.2018 Quelle: beobachternews.de

vermeintlich harmlose politische Rechte schafft die notwendige Diskursverschiebung und trägt zur Anschlussfähigkeit faschistischer Ziele bei. Vor allem in den Online-Diskussionen – sei es in der Frage des vermeintlichen Weltwocheverbots an der Universität, der Debatte um die Gugge «Negro Rhygass» oder der Frage um die Bewilligung der PNOS-Demo – zeigen sich stets ähnliche Argumentationsmuster. Es wird von «Zensurierung der Wahrheit» und der «eigenen Kultur» durch die Mehrheitsgesellschaft bzw. die «linksliberalen Meinungsterroristen» schwadroniert. Als seien der eigene Rassismus ein bewahrenswertes Kulturgut und seine Träger eine marginalisierte Minderheit, die der Rechtsstaat schützen müsse.

Natürlich gehört Minderheitenschutz grundsätzlich zu den Aufgaben des Rechtsstaates. Doch dient dieser eben dem Zweck, Minderheiten zu schützen, nicht deren Vernichtung zu dulden. An einer politischen Minderheit, die das Ziel hat, ethnische und religiöse Minderheiten zu unterdrücken oder zu vernichten, ist nichts schützenswert. Dennoch gerät hier der gesellschaftsliberale Diskurs ins Stocken, weil er dazu neigt, «Rechtsextremismus» und «Linksextremismus» gleichzusetzen.

Das lässt sich auch anhand der Antwort auf die Interpellation von Tonja Zürcher zur Bewilligung der PNOS-Demo herauslesen. Hier werden von der Regierung Gewalt gegen Menschen und Sachschäden auf gleiche Weise kritisiert. Während sich links motivierte Gewalt tendenziell in Sachbeschädigungen zeigt, richtet sich rechtsmotivierte Gewalt gegen Menschen. Das ist ein qualitativer Unterschied.

Mit einer politischen Theorie, die diese Gleichsetzungen vornimmt, lässt sich Faschismus nicht bekämpfen, weil sie davon ausgeht, dass lediglich die politische Mitte der Weg der Vernunft sei. Doch zeigen Studien zu Rassismus und Antisemitismus, dass diese Haltungen auch im politischen «Mittelager» verbreitet sind. Nur die wenigsten Menschen - nicht einmal die identitäre Bewegung - bezeichnen sich heute selbst als Rassisten, obwohl sie rassistisch handeln.

Alles in allem bleiben viele Fragezeichen. Wer faschistische Gruppierungen ignoriert, ignoriert damit gefährliche Tendenzen. Wer sie blockiert, verschafft den Faschisten zwiespältige Aufmerksamkeit und bringt unter Umständen den bürgerlichen Staat gegen sich auf. Politische Intervention und politische Bildung scheinen ebenso unausweichlich, wie eine couragierte Zivilgesellschaft, die sich Faschisten entschlossen entgegenstellt. Antifaschismus kann unter diesen Umständen nicht dem Staat allein überlassen bleiben.



Gegendemo am 24.11.2018 Quelle: beobachternews.de



Tonja Zürcher & Franziska Stier

Zersiedelung stoppen, klug bauen!

Die Zersiedelung ist eine besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Seit 1985 wurden in der Schweiz 584 km² überbaut, was der Fläche des Genfersees entspricht. Pro Tag ist es eine Fläche von acht Fussballfeldern, die unter Beton verwindet. Aufgrund der stetig wachsenden Bauzonen wird weiterhin grossflächig, verschwenderisch und zerstreut gebaut. Die Folgen für unser Kulturland sind verheerend. Tagtäglich verschwinden immer mehr Naherholungsgebiete, landwirtschaftliche Nutzflächen und natürliche Lebensräume für Flora und Fauna. Daneben führt diese Art des zerstreuten Wohnens auch zu Mehrverkehr, einem höheren persönlichen Energieverbrauch und einer zunehmenden Anonymisierung in kleineren Gemeinden, wo nur noch geschlafen und nicht mehr gelebt wird. Die Ursachen dieser Entwicklung sind der gestiegene Pro-Kopf-Platzverbrauch und gesetzlichen Hürden, welche eine bessere Ausnutzung der Siedlungsfläche in vielen Fällen verhindern. Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass die Zunahme der Siedlungsfläche im Vergleich zum Bevölkerungswachstum zwischen 1985 und 2009 um das Zweieinhalbfache gestiegen ist. Es ist also nicht das Problem das wir bauen, sondern wie wir bauen. Mit der Zersiedelungs-Initiative, über welche am 10. Februar 2019 abgestimmt wird, gibt es erstmals griffige Massnahmen um diese Entwicklung zu stoppen. Unser Kulturland muss geschützt und erhalten werden. Gleichzeitig sollen die Freiheiten gegeben werden, den noch nicht ausgenutzten Platz effizienter nutzen zu dürfen. So fordert der Initiativtext, dass in Zukunft nur noch neues Bauland eingezont werden, wenn an anderer Stelle Land von vergleichbarer Qualität ausgezont wird. Gleichzeitig sind Bund und Kantone aufgefordert Massnahmen zu schaffen, welche unter Beibehaltung hoher Lebensqualität und besonderen Schutzbestimmungen eine Siedlungsentwicklung nach innen ermöglicht. Gleichzeitig fordert die Initiative Schaffung günstiger Rahmenbedingungen



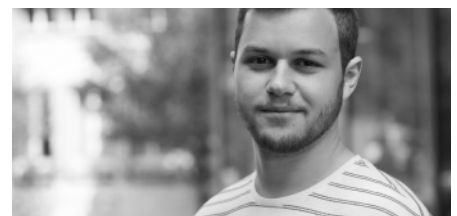
für nachhaltige Quartiere und Siedlungen.

Wir vom jungen grünen bündnis nordwest werden in den nächsten zwei Monaten voll im Einsatz für die Zersiedelungs-Initiative sein und freuen uns über jede Unterstützung durch die „alten“ Grünen. Für die Jungen Grünen ist die Zersiedelungs-Initiative nach der Offroader-Initiative, das zweite nationale Initiativ-Projekt. Im Februar wird sie als einzige nationale Vorlage zur Abstimmung kommen. Diese Konstellation ist für uns eine riesige Chance unseren Ideen landesweite Aufmerksamkeit zu verschaffen und dies im für die grüne Bewegung wichtigen Wahljahr 2019. Helft uns in Zeiten von Populismus und Hetze Lösungen aufzuzeigen, welche eine zukunftsgerichtete, soziale und nachhaltige Entwicklung der Schweiz ermöglichen. Nicht selten wird etwa vom rechten Rand behauptet die „Masseneinwanderung“ sei der Grund für die Zersiedelung. Die bereits erwähnten Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen aber, dass dies ein Trugschluss ist. Auch sind es in den meisten Fällen nicht die Niedergelassenen, welche sich in einer Schlafgemeinde ein grosses Einfamilienhaus am Waldrand bauen, sondern Schweizerinnen und Schweizer, welche vom durch die Migration ausgelösten

Wirtschaftswachstum profitieren. Helft uns mit dieser Vorlage echte Lösungen für echte Probleme anzubieten, anstatt den Populisten das Feld zu überlassen.

Deshalb JA zur Zersiedelungs-Initiative am 10. Februar! Wer die Initiative zusätzlich unterstützen will, sei es durch die Bestellung einer Fahne und anderem Material oder durch Teilnahme an einer Flyer-Verteilaktionen, darf sich gerne bei uns melden unter:

Info@jungesgruenesbuendnis.ch



Dominik Beeler, Co-Präsident junges grünes bündnis nordwest



System change not climate change

Neue Autobahnen lösen keine Verkehrsprobleme.

Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten. Das ist keine neue Erkenntnis. Trotzdem plant der Bund mit tüchtiger Unterstützung unserer, angeblich «rot-grünen» Kantonsregierung den Ausbau der Autobahn zwischen Augst und Hagnau auf acht Spuren, einen Autobahn-Westring (inkl. Gundelitunnel) und den Osttangente-Rheintunnel. Damit der Verkehr auch bei einem Unfall auf dem Autobahnring ungebremsst weiterströmen kann, will Baselstadt auch die Rheinfelderstrasse durch den Hardwald* zwischen Birsfelden und Schweizerhalle auf vier Spuren ausbauen.

Anstatt den Verkehr zu reduzieren – wie es das Basler Umweltgesetz vorschreibt – wollen Regierungsrat Wessels und seine Kolleg*innen die Strassen ausbauen, um den Autoverkehr auf den Autobahnen zu «kanalisieren». Dadurch würden die Wohnquartiere entlastet werden, glaubt er. Dabei ignoriert er, dass die Leute nicht auf der Autobahnraststelle oder am Strassenrand im Hardwald wohnen und arbeiten. Wenn mehr Verkehr über die Autobahnen geht, kommt er früher oder später auch in der Stadt und den Quartieren an.

«Wer Strassen sät, wird Klimawandel ernten.»

Selbst wenn es gelingen würde, das Verkehrswachstum auf die Autobahnen zu beschränken, steigt mit zusätzlichen Strassenkapazitäten der CO₂-Ausstoss stetig. Wer technologiegläubig hofft, dank sauberer Autos würde sich das Problem schon irgendwie lösen, sollte sich den Fakten stellen: Der durchschnittliche CO₂-Ausstoss neuer Personenwagen hat gemäss Bundes-



amt für Statistik zwischen 1996 und 2017 um 38% abgenommen. Im gleichen Zeitraum stieg der CO₂-Ausstoss des Verkehrssektors aber um über 5%, weil nicht zuletzt dank neuer Strassenkapazitäten mehr gefahren wird. Auch Elektroautos werden dieses Problem nicht lösen. Das naturverträgliche Potential von erneuerbaren Energien reicht nicht aus, um das heutige Verkehrsaufkommen – geschweige denn ein weiteres Wachstum – vollständig elektrisch zu betreiben. Allein mit neuen Technologien werden wir es nicht schaffen, bis spätestens 2050 die Mobilität CO₂-neutral zu machen. Das ist aber notwendig, um die Klimaerhitzung global unter +1.5°C zu halten und damit eine unkontrollierbare Klimakatastrophe zu verhindern.

«Ihr sprecht nur von grünem, ewigem Wirtschaftswachstum, weil ihr zu viel Angst habt, euch unbeliebt zu machen. Ihr sprecht

nur darüber, mit den immer gleichen schlechten Ideen weiterzumachen, die uns in diese Krise geführt haben. ... Wenn Lösungen in diesem System so schwer zu finden sind, dann müssen wir vielleicht das System ändern.» sagte Greta Thunberg, die 15-jährige Klimaaktivistin kürzlich am Klimagipfel in Polen.

Ein erster und einfacher Schritt zu einer wirklichen Lösung des Verkehrsproblems ist es, auf neue Autobahnen zu verzichten. Das viele Geld, das dadurch gespart wird, kann dazu genutzt werden, den Fuss- und Veloverkehr bequemer zu machen und den ÖV zu vergünstigen. Wir werden aber nicht drumherum kommen, das Wirtschaftswachstum und damit den Kapitalismus zu bekämpfen. Das ist weniger einfach, aber der einzige Weg die Klimaerhitzung zu stoppen.

*Der Hardwald gehört der Bürgergemeinde Basel. BastA!-Bürgergemeinderat Pierre-Alain Niklaus fragte deshalb nach, was der Bürgerrat von der geplanten Strasse hält. Dieser äusserte sich in der Antwort erstaunt, dass die Bürgergemeinde als direktbetroffene Grundeigentümerin von dieser Idee aus der Presse erfahren musste und kündigte an, das Projekt aus Sicht einer besorgten Waldeigentümerin kritisch zu würdigen.



Climate Games, 30.09. 2017 in Basel, Copyright: Franziska Stier



Tonja Zürcher, Co-Präsidentin BastA!

Unklarer Wohnschutz für Wenige

Mitte Dezember veröffentlichte die Regierung den Ratschlag zur Umsetzung der Wohnschutzinitiative. Er sieht vor, dass mehr als die Hälfte der Mieter*innen von vornherein vom Wohnschutz ausgeschlossen wird. Gleichzeitig lässt das Gesetz offen, wie stark die Mieterhöhungen nach einer Sanierung oder nach Abbruch und Neubau noch ausfallen dürfen. Dies soll später auf Verordnungsebene geklärt werden, ohne Einbezug des Parlaments und ohne Referendumsmöglichkeit. Das ist inakzeptabel und ein Schlag ins Gesicht der Bevölkerung, die sich im letzten Juni mit grossen Mehrheiten für die vier Wohnschutzinitiativen und damit für den Wohnschutz für alle, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, ausgesprochen hat. BastA! lehnt diese unbefriedigende Lösung ab und wird sich in der Parlamentsarbeit und gegebenenfalls auch mit anderen Mitteln dafür einsetzen, dass alle Mieter*innen vor übermässigen Mieterhöhungen geschützt werden.

Nur eine Minderheit erhält Schutz

Neben der nicht nachvollziehbaren Aufteilung in preisgünstigen und nicht preisgünstigen Wohnraum (je 50%) sorgen eine Reihe von Ausnahmeregelungen für weitere Unklarheit und Ungerechtigkeit. Besonders stossend ist, dass Bewohner*innen von «kleinen Mehrfamilienhäusern» auch dann nicht geschützt werden sollen, wenn sie in sogenannten «preisgünstigen» Wohnungen leben. Die Definition von «klein» will die Regierung auf Verordnungsebene regeln, was heisst, dass sie jederzeit ohne Referendumsmöglichkeit geändert werden kann. Gemäss Ratschlag sind damit Gebäude mit bis zu fünf Wohnungen gemeint. Gerade ältere Häuser der Gründerzeit verfügen mehrheitlich nur über 4-5 Wohnungen. Insgesamt finden sich etwa sechzig Prozent der Wohnungen, die vor 1945 erbaut wurden, in Häusern mit weniger als 5 Wohnungen. Viele dieser Altbauwohnungen fallen in die Kategorie «preisgünstig» und trotzdem würden deren Bewohner*innen laut Ratschlag nicht geschützt werden. Diese Ausnahmeregelung sorgt also dafür, dass deutlich mehr als die Hälfte der Haushalte vollständig vom Wohnschutz ausgeschlossen wird.

Zweiklassenschutz ist nicht akzeptabel

Der Ausschluss von Wohnungen, welche über dem Medianpreis liegen, geht zu Lasten jener, die sich die Miete schon jetzt kaum leisten können, weil sie nicht in die von der

Regierung geschaffene Kategorie «preisgünstig» fällt. Das sind häufig Menschen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine Chance hatten, eine günstigere Wohnung zu finden. Diese werden nun doppelt bestraft, indem sie nicht einmal von einem weiteren Mietanstieg geschützt werden. Die Koppelung des Wohnschutzes an die «preisgünstigen» Wohnungen widerspricht somit krass den Verfassungsinitiativen «Wohnschutzinitiative» und «Recht auf Wohnen». Die Regierung nimmt mit dieser Regelung in Kauf, dass ein neues Prekariat entsteht.

Entscheidendes bleibt offen

Auffallend ist, dass die Gesetzesänderungen durchwegs sehr schlank formuliert wurden. Fast alles Wesentliche soll auf Verordnungsebene geregelt und damit in die Kompetenz des Regierungsrats verschoben werden. Es wird damit der Regierung überlassen, die Leitlinien zu definieren, wie stark Mieten nach Sanierungen und in Ersatzneubauten steigen dürfen. Dies widerspricht grundlegend dem Willen der Stimmbevölkerung, die die vier Wohnschutzinitiativen so klar angenommen hat, weil sie einen starken und verlässlichen Schutz des zahlbaren Wohnraums für dringend nötig hält.

BastA! ist enttäuscht, dass der Regierungsrat mit diesem Ratschlag eine Chance verpasst hat, die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Basel-Stadt nachhaltig zu verbessern und wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Schutz für Mieter*innen verbessert wird.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!

Parolen vom 10. Februar in Kürze

National:

JA zur Volksinitiative vom 21. Oktober 2016 «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

Unseren Boden schützen!



JA Zersiedelung stoppen
Klug bauen

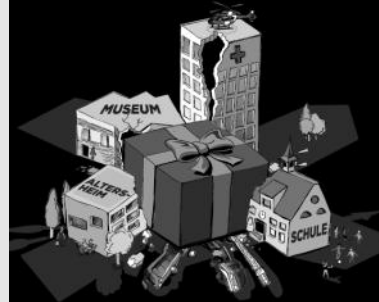
Kantonal:

JA zum Grossratsbeschluss vom 12. September 2018 betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung

NEIN zum Grossratsbeschluss vom 12. September 2018 betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsklinik Nordwest AG und Beteiligungsgesetz USNW

NEIN zum Grossratsbeschluss vom 19. September 2018 betreffend Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) (Basler Kompromiss zur Steuervorlage 17)

**KEINE ZERSTÖRERISCHEN
STEUERGESCHENKE**



NEIN ZUR BASLER STEUERVORLAGE
AM 10. FEBRUAR!

WWW.KEINE-STEUGESCHENKE.CH

SV17 heizt Steuerwettbewerb und den Klimawandel an

ABSTIMMUNG

Die SV17 wird Auswirkungen auf eine Klima- und Umweltpolitik sowie globale Klimagerechtigkeit haben. Das kommt im öffentlichen Diskurs oft zu kurz.

Deshalb bildete sich im Dezember eine Gruppe von Menschen, um diesen Aspekt in die Diskussion rund um die SV17 einzubringen.

Steuerdumping heizt Klimakatastrophe an

Durch die Steuervorlage wird das Steuerdumping zwischen den Kantonen und zwischen den Nationen weiter angeheizt. Mit durchschnittlichen Unternehmenssteuern von 17.71% ist die Schweiz schon jetzt eine der Lokomotiven im internationalen Wettbewerb. Dadurch werden uns hier – aber vor allem den ärmsten Ländern weltweit – unglaubliche Mengen an Steuergeldern entzogen. Gelder, die dringend benötigt werden, um die Klimakatastrophe zu stoppen. So belaufen sich alleine die für die Schweiz anfallenden Klima-Kosten laut einer Studie der ETH bis Mitte des 21. Jh. auf jährlich 8 bis 10 Milliarden Franken.

Wachstumsideal verdrängt Verantwortung

Die Unternehmenssteuerreform regt die Wirtschaft weiter zum Wachstum an, obwohl sie mit ihrem Wachstumsdrang die Hauptverantwortung für die Klimakatastrophe trägt.

Anstatt die klimaschädlichen Tätigkeiten der industrialisierten Landwirtschaft einer Syngenta oder die Investitionen in fossile Energien einer UBS zu verhindern, will die SV17 Unternehmen im Kanton Basel-Stadt 200 Millionen Franken schenken, von denen diese lediglich die Hälfte wieder an die Bevölkerung zurückgeben. Die einfache Rechnung macht klar, dass die immensen Kosten der Klimakatastrophe auf den Schultern der Bevölkerung lasten werden.

Die fehlenden Einnahmen erschweren auf Dauer wohl staatliche Förderungen, beispielsweise für Umstrukturierung der Energieversorgung, und hebeln den Service Public aus. Neoliberale Politik war noch nie (klima-)gerecht.

Politik im Hinterzimmer

Die Basler Regierung und unterstützende Parteien übergehen mit ihrem Hinterzimmer-Deal die demokratischen Prozesse. Zwar

durchlief die Erarbeitung der SV17 sämtliche vorgegebenen parlamentarischen Stationen. Doch wird der ganze Prozess zur Farce, wenn das Ziel bereits im Vorhinein im Hinterzimmer ausgehandelt wurde.

Ein Post auf der Facebook-Seite des Klimastreiks, an dem im Dezember Tausende von Schüler*innen in Basel, Bern, Zürich und St. Gallen teilnahmen, bringt die aktuelle Situation mit einem Zitat der Klimaaktivistin Greta Thunberg auf den Punkt: «Ihr Politiker spricht nur von ewigem Wirtschaftswachstum, weil ihr zu viel Angst habt, euch unbeliebt zu machen. Ihr sprecht nur davon, mit den immer gleichen schlechten Ideen weiterzumachen, die uns in diese Krise geführt haben. Und das, obwohl die einzige vernünftige Entscheidung wäre, die Notbremse zu ziehen.»

Sollen kommende Generationen noch eine lebenswerte Welt vorfinden, brauchen wir eine Politik die Verantwortung übernimmt und sich nicht von der Wirtschaft vereinnahmen lässt.

Nicole Gisler und Nicola Goepfert

Steuerreform 17 – Alle roten Linien überschritten

ABSTIMMUNG

Inhaltlich wären sich die linken Parteien in Basel mehrheitlich darüber einig, wie eine gute Steuerreform aussehen müsste. Es gibt aber nur bei BastA!, sowie beim jgb und der JUSO eine Mehrheit, welche diese Positionen jetzt auch konsequent in der Volksabstimmung vertritt.

BastA! hat verschiedene „rote Linien“ definiert, die nicht überschritten werden dürfen. Für einen guten Kompromiss, dem wir auch hätten zustimmen können, hätte zumindest ein Teil davon eingehalten werden müssen.

1. Senkung der **Unternehmensgewinnsteuern** auf den kantonalen Durchschnitt von 17% beschränken. Damit wären rechnerisch keine Steuerausfälle über die Unternehmenssteuern entstanden. Mit den jetzt vorgesehenen 13% schliesst Basel-Stadt zum europäischen Steuerdumpingland Irland auf, während z.B. die USA seit Jahren 40% Gewinnsteuern erheben und wirtschaftlich immer noch an der Spitze stehen. Fazit: Unternehmen die um jeden Preis Steuern optimieren wollen sind schon lange in Irland und Dumpingsteuern sind keine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes.

2. **Verzicht** auf das Instrument der **Patentbox**, das es den heute privilegiert besteuerten Konzernen ermöglicht, weiterhin die gleichen tiefen Steuersätze auf den Gesamtgewinn zu bezahlen wie bisher. Das heisst wir machen eine Steuerreform, weil alle Unternehmen steuerlich gleich behandelt werden sollen und bauen darin gleich wieder Steuerreduktionen für wenige grosse Konzerne ein, die zudem fast nicht zu kontrollieren sind. Auch bei der Kapitalsteuer soll auf ähnliche Steuerprivilegien im Zusammenhang mit Patenten verzichtet werden und für alle Unternehmen der gleiche einheitliche Kapitalsteuersatz angewendet werden.

3. **Reguläre Besteuerung der Dividenden**, wie es auch schon vor der Unternehmenssteuerreform II der Fall war. Es gibt keinen Grund Einkommen, das ohne eigene Arbeit über Gewinnbeteiligungen (Dividenden) erzielt wird, nur zu 80% zu besteuern, während Einkommen, dass durch die eigene Arbeit erwirtschaftet wird, regulär zu 100% besteuert wird.

4. **Steuersenkung** durch eine **Erhöhung des Freibetrags** statt der Senkung des Steuersatzes. Von einer Senkung des Steuersatzes

profitieren die höchsten Einkommen am meisten, während bei einer Erhöhung des Freibetrags alle gleichermassen profitieren. Eine Erhöhung des Freibetrags ist auch volkswirtschaftlich deutlich sinnvoller, da das zusätzliche Geld bei einem tieferen Einkommen eher lokal ausgegeben wird, während bei höheren Einkommen häufig international spekuliert wird.

Das sind keine radikalen Positionen, in denen sich im Grundsatz wohl auch alle linken Parteien in Basel einig sind und die auch in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig wären. Stimmen wir also am 10. Februar, wie schon bei der USR 3, NEIN zum faulen Steuerdeal und machen die Bahn frei für eine faire Steuerreform.



Till Kleisli